

„Standpunkt“ zum Thema „Nachhaltige Gemeinschaftsverpflegung – ein Schlüssel zur lokalen Ernährungswende“ im Rahmen des Fachtages für Nachhaltige Beschaffung am 25.08.2022 in den Dortmunder Westfalenhallen

veröffentlicht durch das Büro für Internationale Beziehungen der Stadt Dortmund, Bereich Umsetzung 17 UN-Nachhaltigkeitsziele

Der Fachtag für Nachhaltige Beschaffung wurde von rund 150 Teilnehmenden und Aussteller*innen besucht. Während der Paneldiskussion wurden von den Diskutant*innen sowie vom Publikum **Bedarfe und politische Forderungen zur lokalen Ernährungswende** formuliert, welche hier zusammengefasst werden.

1. Ernährungspolitik auch als kommunale Aufgabe

- a. **Ernährungspolitik** sollte systematisch zu den **kommunalen Pflichtaufgaben** in allen Kommunen gehören. In Zeiten gestörter Lieferketten, verheerender Auswirkungen des Klimawandels, steigender Gesundheitskosten durch ernährungsbedingte Krankheiten, Ernährungsarmut und vielem mehr, müssen Kommunen mit **Ressourcen** ausgestattet werden, **um das Handlungsfeld Ernährungspolitik mit den Menschen vor Ort angehen zu können**.
- b. Eine stabile lokale Nahrungsmittelversorgung, die nicht auf Kosten von Menschen, Tieren und der Umwelt funktioniert (Stichwort: Externalisierung), muss als zentraler **Baustein städtischer Resilienz und Zukunftsfähigkeit** behandelt werden.
- c. Ernährungspolitik muss – entlang der Wertschöpfungskette bestehend aus Erzeugung, Weiterverarbeitung, Verteilung, Verbrauch und Entsorgung betrachtet – zur **kommunalen Querschnittsaufgabe** werden.
- d. Deutschland hat sich völkerrechtlich verpflichtet, das Menschenrecht auf Nahrung zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Um dieser Pflicht gerecht zu werden, muss die **ernährungspolitische Zusammenarbeit zwischen dem Bund, den Bundesländern sowie den Kommunen** gestärkt werden.
- e. Zu der unter Punkt 1d. genannten Zusammenarbeit gehört auch die systematische **Einbindung der Städte und Gemeinden in die Entwicklung der nationalen Ernährungsstrategie**, die im aktuellen Koalitionsvertrag der Deutschen Bundesregierung verankert wurde.
- f. Vernetzung für Ernährungsdemokratie: **Ernährungsräte müssen** als Plattformen, politische Gremien und Ideengeber auf allen politischen Ebenen aufgebaut und **öffentlich gefördert werden**.

2. Ressourcen und Bildung für die nachhaltige Nahrungsmittelbeschaffung

- a. Es braucht ein **zertifiziertes Qualifizierungsprogramm für das öffentliche Beschaffungswesen, welches die gestiegenen Anforderungen** an die öffentliche (Nahrungsmittel-)Beschaffung berücksichtigt - sowohl juristisch als auch in Bezug auf die Erreichung der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele.
- b. Ernährungswende geht nicht ohne Agrarwende: Die Nachfrage nach Bio-Nahrungsmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung steigt. Es braucht jetzt eine öffentliche **Förderung der Angebotsseite** (Landwirtschaft, Verarbeitung, Handel) in den Regionen, damit die Nachfrage nicht durch Bio-Importe aus Übersee gedeckt werden muss.

- c. Die **regionale Infrastruktur** sowie die **lokale Wirtschaft** (Vermarktung, Lagerung, Weiterverarbeitung, Transport) müssen unterstützt bzw. begleitet werden, um eine Grundlage für lokale und nachhaltige Ernährungssysteme zu schaffen.
- d. **Beratung und Förderung für Küchen:** Die Nahrungsmittelbeschaffung zu verändern, erfordert Umstellungen in den Küchen der Kantinen, Cateringunternehmen und Restaurants. Dazu gehören die Überarbeitung von Rezepten, die verstärkte Verarbeitung von Rohwaren, Weiterbildung für Küchenpersonal, Abfallberatung, Beratung bzgl. Nudging (z.B. vegane und vegetarische Speisen werden auf der Speisekarte nach oben gesetzt), Kommunikation gegenüber den Tischgäst*innen.
- e. Das **Mindesthaltbarkeitsdatum muss reformiert werden**. Dieses wird fälschlicherweise oft als Verfallsdatum interpretiert, was zu Lebensmittelverschwendung führt.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die zusammengefassten Inhalte nicht alle Aspekte umfassen, die aktuell in Bezug auf die Ernährungs- und Agrarwende diskutiert werden. Der verfasste „Standpunkt“ ist daher ein Dokument, das Forderungen enthält, welche in weiteren Diskussionsforen ergänzt werden müssen.

Panelbesetzung

Moderation: Dr. Tanja Busse

- Martin Maxeiner, Vertriebsleiter Gemeinschaftsverpflegung Transgourmet Deutschland GmbH & Co. KG
- Alessa Heuser, Büro für Internationale Beziehungen der Stadt Dortmund, UN-Nachhaltigkeitsziele
- Thomas Voß, Kaufmännischer Direktor LWL-Klinik Münster / LWL-Klinik Lengerich
- Anne Drössler, Bereichsleitung Kiebitzhof der wertkreis Gütersloh gGmbH

Panelbeschreibung

Wollen Städte und Regionen ihre Bewohner*innen möglichst nachhaltig mit Essen versorgen, ist die Nachfrage der Gemeinschaftsverpflegung nach gesunden, regionalen, ökologischen und fairen Nahrungsmitteln eine bedeutsame Stellschraube. Denn Orte, an denen gemeinschaftlich gespeist wird – wie etwa in der Betriebskantine, im Restaurant oder in der städtischen Kita – sind Umschlagplätze großer Mengen an Nahrungsmitteln, die zu Mahlzeiten verarbeitet werden. Der nachhaltigen Gemeinschaftsverpflegung wird deshalb eine Schlüsselrolle auf dem Weg zur lokalen Ernährungswende beigemessen.

Hintergrund

Der Fachtag für Nachhaltige Beschaffung wurde veranstaltet von der Messe Dortmund und stand unter der Schirmherrschaft von Nancy Faeser, Bundesministerin des Innern und für Heimat. Das Büro für Internationale Beziehungen der Stadt Dortmund war Mitveranstalter des Panels. Das Programm des Fachtages kann [hier](#) abgerufen werden.

Kontakt:

Alessa Heuser, Büro für Internationalen Beziehungen, Stadt Dortmund
Tel.: 0231-50-29023, aheuser@stadtdo.de